Frank Spieth
Mitglied des Deutschen Bundestages
Gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Frank Spieth, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum E.850
(030) 227 – 70726
(030) 227 – 76726
frank.spieth@bundestag.de

Bürgerbüro Erfurt
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
(0361) 34695-66
(0361) 34695-68
erfurt@frank-spieth.de

Bürgerbüro Weimar
Marktstr. 17
99423 Weimar
(03643) 499254
(03643) 777198
weimar@frank-spieth.de

35,0. Konferenz der Informatikfachschaften
c/o Fachschaft Mathematik/Informatik
Universität Karlsruhe (TH)
76128 Karlsruhe

Berlin, 29. Juni 2007

Ihr Schreiben vom 20.05.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

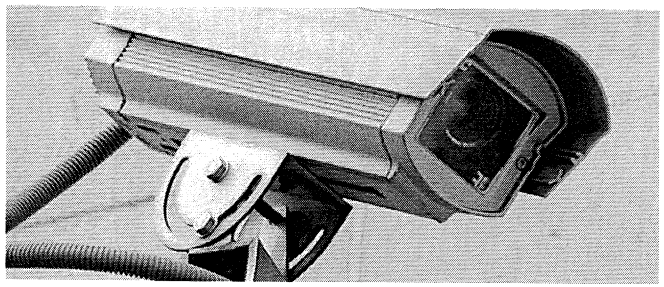
ich danke für Ihren Brief. Ich bin erfreut darüber, dass Sie sich politisch für eine gute Sache einsetzen. Ich teile Ihre Bedenken und Ihre Position zum Thema Innere Sicherheit in den allermeisten Punkten. Meine Fraktion DIE LINKE. spricht sich auch für eine breite informationelle Selbstbestimmung aus, wie Sie dem beiliegenden Ausdruck eines Flugblattes zum Thema entnehmen können.

Gesetzentwürfe, die die Persönlichkeitsrechte einschränken geben paradoxerweise meist vor, sie schützen zu wollen oder die Sicherheit zu verbessern. Im Bundestag werden wir uns auch weiterhin gegen derartige Vorhaben aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Spieth, MdB

Holen Sie sich mindestens ein Mal im Jahr eine Selbstauskunft bei der SCHUFA und bei der Auskunftei INFOSCORE. Auskunfteien sind verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, was über Sie gespeichert ist. Kostenpunkt: etwa sieben Euro. So können Sie falsche Einträge korrigieren und Löschfristen prüfen. Lassen Sie sich kostenlos in die »Robinsonliste« eintragen. Zumindest seriöse Unternehmen werden Sie dann aus ihren Datenbanken streichen und Ihnen weder per Post, Mail, SMS noch telefonisch Werbung zusenden.
Das Internet ist eine Datenschleuder. Was Sie in einer E-Mail schreiben, könnten Sie ebenso in der Zeitung veröffentlichen. Benutzen Sie Verschlüsselungssoftware. Mindestens so wichtig wie Browser und Office sind Firewall und Virenscanner. Und speichern Sie niemals Passwörter. Sie notieren ja auch nicht Ihre PIN auf der EC-Karte.



Adressen und Links

Wenn Behörden oder Unternehmen nicht sorgfältig mit Ihren Daten umgehen, können Sie sich an die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern oder an die Verbraucherschutzzentralen wenden.

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.
Markgrafenstraße 66, 10969 Berlin
E-Mail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30, 53117 Bonn
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de
www.bundesdatenschutzbeauftragter.de

Für Selbstauskünfte

SCHUFA Holding AG
Verbraucherservicezentrum Hannover
Postfach 56 40, 30056 Hannover
www.schufa.de

arvato infoscore GmbH
Rheinstraße 99, 76532 Baden-Baden
E-Mail: info@arvato-infoscore.de
www.infoscore.de

Nützliche Links

www.robinsonliste.de
Tragen Sie sich in diese Liste ein,
um von Werbung verschont zu bleiben.

www.datenschutzzentrum.de
Die Seite des unabhängigen Landeszentrums
für Datenschutz Schleswig-Holstein mit
umfangreichen Informationen rund
um den Datenschutz.

www.foebud.de
Der FOEBUD e.V. vergibt jährlich
den Big-Brother-Award, den Schnüffel-Oscar
und engagiert sich für Datenschutz,
Privatsphäre und Bürgerrechte.

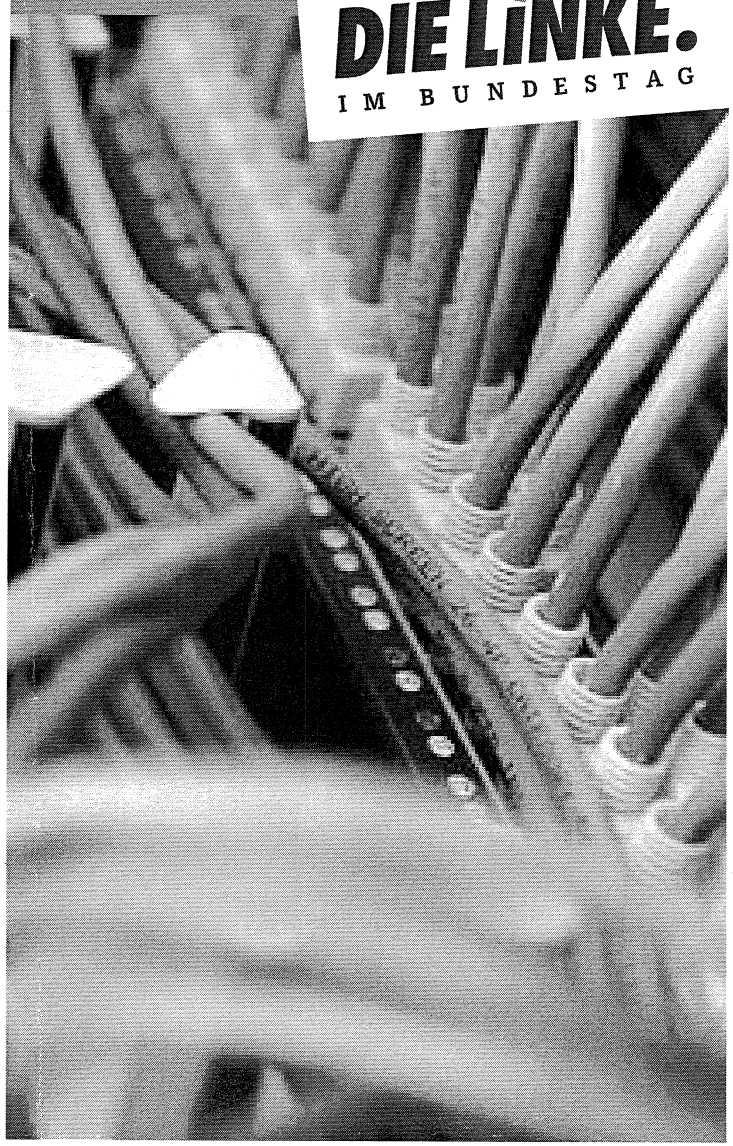
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

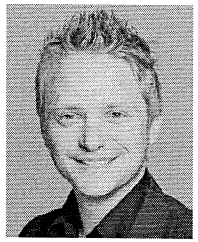
Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Datenschutz verbessern – Bürgerrechte stärken

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Liebe Leserin, lieber Leser,



das Bundesverfassungsgericht erkannte vor rund zwanzig Jahren die »informationelle Selbstbestimmung« als ein Grundrecht an. Informationelle Selbstbestimmung heißt, dass jede und jeder selbst entscheidet, welche persönlichen Daten wem Preis gegeben werden. Datenschutz ist seitdem ein Grundrecht. In den letzten Jahren gab es jedoch eine Verschiebung zuungunsten des Datenschutzes: Der Staat möchte einen gläsernen Bürger und verweist auf Sicherheit, Forschungsfreiheit oder Steuergerechtigkeit.
Die Wirtschaft lechzt nach gläsernen Kunden, um mehr Produkte zu verkaufen. Arbeitgeber wollen ihre Beschäftigten stärker kontrollieren. So berechtigt manche dieser Interessen sein mögen, sie tasten stets ein Grundrecht an. Mit diesem Faltblatt möchten wir einen Überblick über den Datenschutz und seine Entwicklung geben. Zudem präsentieren wir einige Tipps, wie Sie selbst Ihre Daten besser schützen können.

Ihr Jan Korte

Datenkrake Staat

Wie beim Urteil zum Lauschangriff musste das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren wiederholt einschreiten, um den Datenhunger des Staates zu zügeln. Dennoch bringt die Bundesregierung ständig neue Vorschläge, um die Überwachung auszuweiten und behauptet, damit den Terrorismus zu bekämpfen. Dabei bleibt die Regierung den Nachweis schuldig, dass mit mehr Überwachung mehr Sicherheit garantiert ist. Weder die Kofferbomber von Köln noch die Attentäter der Hamburger Terrorzelle hätten mit den neuen Überwachungsgesetzen rechtzeitig verhaftet werden können.
Das Sicherheitsversprechen des Innenministers ist eine leere Floskel. Der Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bleibt jedoch bestehen.

Datenkrake Wirtschaft

Viele Unternehmen ignorieren den Schutz der Daten ihrer Beschäftigten und Kunden. Obwohl Grundrechte auch hinter dem Werkstor Gültigkeit haben, verlangen sogar große, ansonsten seriöse Unternehmen von Angestellten Urinproben, lesen E-Mails mit oder überwachen Arbeitsstätten rechtswidrig mit Kameras. Auch Kunden sind betroffen: In letzter Zeit häufen sich Datenschutzpannen. Neue Techniken ermöglichen es, umfangreiche Kundenprofile anzulegen. So sorgen Funk-Chips dafür, dass jeder Joghurtbecher seine eigene Seriennummer hat und diese per Funk an die Zentrale sendet. Auf diese Weise kann der Supermarkt die Wege des Joghurts und der Kunden nachvollziehen.

Neues Datenschutzrecht

Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich für ein Datenschutzrecht ein, das die Balance zwischen dem Schutz der Privatsphäre und anderen Interessen wieder herstellt. Dabei will sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Transparenz schaffen, datenschutzgerechte Technik fördern und einen Arbeitnehmerdatenschutz einführen. Eingriffe des Staates in die informationelle Selbstbestimmung müssen vermieden werden, wann immer es geht. Das heißt, dass Eingriffe unabhängig überprüfbar sowie verhältnismäßig und notwendig sein müssen.

Sie sagen, Sie haben nichts zu verbergen? Dann schauen Sie mal hier, welche Folgen Verletzungen des Datenschutzes haben können.

Falscher Wohnort – kein Kredit

Mario B. (21) bezahlt pünktlich seine Rechnungen, hat keine Schulden und ein Einkommen. Als er einen Handyvertrag will, lehnt der Anbieter ab. Mario B. ist irritiert – zu Recht. Denn für viele Unternehmen hängt die Kreditwürdigkeit nicht vom persönlichen Verhalten des Kunden ab. Sie verwenden »Scores«, die mit statistischen Mitteln errechnen, ob jemand einen Vertrag bekommt. Mario B. hat Pech.
Vor einigen Monaten holte er einige Kreditangebote zum Vergleich ein. Das verschlechterte seinen »Score« ebenso wie sein Wohnort. Er lebt in der Sonnenallee in Berlin-Neukölln. Einige seiner Nachbarn sind zahlungsunfähig. Mario B. ist machtlos. Denn Auskunfteien wie die SCHUFA oder INFOSCORE halten die Kriterien der »Scores« geheim.

Agentur für Arbeit

Claudia F. (43) bekommt Arbeitslosengeld II (ALG II). Alle Fragen des Antrags für das ALG II hat sie wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet. Das war ein Fehler. Die Agentur für Arbeit hatte auf missverständliche Art nach Angaben gefragt, die sie nichts angehen. So wurden aus Bedarfsgemeinschaften Haushaltsgemeinschaften und der Onkel ein unterhaltspflichtiges Mitglied. Die Folge:
Das Einkommen des Onkels wurde auf das ALG II angerechnet, die Stütze für Claudia F. gekürzt. Erst ein Gericht verhalf Claudia F. zu ihrem Recht.

Werden Sie selbst aktiv – schützen Sie Ihre Privatsphäre

Generell gilt: Überlegen Sie gut, wem Sie Ihre Daten geben. Achten Sie darauf, möglichst wenige private Informationen offen zu legen. Bitten Sie Ihren Telefonanbieter, die Verbindungsdaten sofort und nicht erst nach sechs Monaten zu löschen. Geben Sie – vor allem im Internet – immer nur die nötigsten Daten an. Schauen Sie sich das Kleingedruckte in Verträgen an und streichen Sie Klauseln, nach denen Ihnen »interessante« Angebote unterbreitet werden dürfen. Vermeiden Sie Gewinnspiele, denn sie dienen lediglich dazu, Daten zu sammeln. Mit Hilfe von Payback, Happy Digits und Co. sammeln Konzerne Informationen über all Ihre Einkäufe und verkaufen sie samt Ihrer Umsatzdaten und Anschrift. Steigen Sie lieber um auf altmodische Coupons zum Ausschneiden. Oder verhandeln Sie den Rabatt direkt. Mehr als 0,3–2 Prozent wie bei Payback werden Sie allemal rausholen.